

Bei der Einleitung und Uberschrift fordert unter großer Anwesenheit des Hauses Abg. Henning die Abhebung des Gesetzentwurfes, bis wieder ein Postminister vorhanden sei, zu dem der Reichstag Vertrauen haben könne und er nicht in die Verantwortung verwickelt sei. Der Redner teilt mit, daß es kein Material der Staatsanwaltschaft übermitteln werde und daß er die Einleitung einer Untersuchung gegen Dr. Hoeft beim Staatsgerichtshof beantragen werde.

Abg. Hehrenbach (Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion) erhebt sich darauf in großer Erregung und wendet sich gegen den Abgeordneten Henning, indem er erklärt, mit der Einleitung und Uberschrift zu dem vorliegenden Gesetz haben diese Ausführungen nichts zu tun. Für den Redner handelt es sich ausschließlich um die traurige Angelegenheit (Stillschickung des Herrn Hoeft), die aber keineswegs schon geklärt ist, breitzutreten.

Der Gesetzentwurf wird darauf von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Annahmestimmungen.

Auf der Tagesordnung stehen dann die von den Deutschnationalen, Sozialdemokraten und den Kommunisten eingebrachten Annahmestimmungen zur ersten Lesung.

Die Annahme geht an den Rechtsausschuss.

Das Haus vertagt sich. Präsident Abbe schlägt vor, die Festsetzung der nächsten Tagesordnung dem Präsidenten zu überlassen. Sie soll stattfinden, wenn die Regierungsbildung vollzogen ist, spätestens aber am nächsten Mittwoch.

Abg. Schulz-Drobnitz (Dnt.) erkennt an, daß eine politische Aussprache ohne eine verantwortliche Regierung nicht geführt werden könne. Es wird darauf einstimmig ein dringender Antrag angenommen, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, der die gegen den Reichspräsidenten erhobenen Vorwürfe nachprüfen soll. Der Untersuchungsausschuss wird sofort eingesetzt, er besteht aus 18 Mitgliedern.

Der Präsident wurde darauf ermächtigt, die nächste Sitzung nach erfolgter Regierungsbildung einzuberufen, spätestens am Mittwoch.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung soll die Entgegennahme einer Regierungserklärung stehen.

Das Reichspräsidentium bei Ebert.

Das Reichspräsidentium wurde gestern vormittag in der üblichen Weise vom Reichspräsidenten empfangen. Zu diesem Zweck begaben sich der Reichspräsident und die beiden Vizepräsidenten Dr. Weizsäcker und Dr. Brüning zum Reichspräsidenten, während der Reichspräsident Ebert im Reichstag dem Empfang fernblieb. Reichspräsident Abbe überbrachte dem Reichspräsidenten die Mitteilung von der Konstituierung und die Grüße des Reichstages. Er sprach dabei die Hoffnung aus, daß durch eine baldige Bildung der Regierung dem Reichstag eine ersprießliche Arbeitstätigkeit geboten werden möge, da es gerade jetzt dringend sei, daß der Reichstag an seine Geschäfte gehen könne. Der Reichspräsident erwiderte darauf, mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Regierung am Sonntagabend gebildet sein werde.

Tagung des Auswärtigen Ausschusses.

Der auswärtige Ausschuss des Reichstages trat heute um 10 Uhr zu seiner bereits angekündigten Sitzung unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Herget (Dnt.) zusammen. Vom Reichskabinett waren der Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann mit dem Staatssekretär v. Schubert und der Wirtschaftsminister Damme sowie der Ernährungsminister Graf v. Helldorf erschienen, vom Reichsrat die Vertreter fast aller Länder. Die Mitglieder des auswärtigen Ausschusses waren fast vollständig anwesend, mit ihnen auch der Reichspräsident Ebert. Gleich nach Eröffnung der Sitzung nahm Minister Dr. Stresemann das Wort zu ausführlichen Darlegungen über die politische Lage, besonders die Frage der Räumung der ersten Zone und des Handelsvertragsprovisoriums mit Frankreich.

Die Ausführungen des Ministers waren vertraulicher Natur. In den Vordergrund seiner Betrachtungen rückte der Minister die Tatsache, daß die angeblichen deutschen Verfehlungen in der Entlohnungsfrage von den Alliierten nur angedeutet seien, ohne sie im einzelnen anzugeben. Er betonte ferner das große Mißverhältnis, das zwischen der angeblichen Nichterfüllung von Einzelheiten in der Entlohnungsfrage und der daraus von der Entente gezogenen außerordentlich harten Folgerung der Nichträumung der Kölner Zone festzustellen sei. Angesichts der unangefochtenen Tatsache, daß die Entlohnung Deutschlands durchgeführt sei, entspreche solche Handlungsweise keiner objektiven und loyalen Auslegung des Artikels 228 des Versailler Friedensvertrages.

In der Aussprache, die dann folgte, wurde u. a. vom Grafen v. Helldorf (Dnt.) die deutsche Antimortnote vom 8. Januar kritisiert, die den alten Vertragsbruch der Entente gegenüber Deutschland nicht klipp und klar als flagranter Verstoß gegen den Versailler Vertrag bezeichnet habe.

Beratungen in der Aufwertungsfrage.

Berlin, 9. Januar. In der heute im Reichsfinanzministerium abgehaltenen Sitzung, an der Vertreter der gesamten deutschen Bankwelt und der Sparkassen teilnahmen, wurden die technischen Fragen einer Unterscheidung zwischen altem und neuem Geld der Reichsbank im Falle einer Aufwertung erörtert. Zur näheren Prüfung der Frage, besonders ihrer technischen Einzelheiten wurde ein Ausschuss von Bankvertretern eingesetzt, der sich dem Reichsfinanzministerium für die weiteren Erörterungen zur Verfügung stellen wird.

Oster über den Stand der Reichsbahnen.

Der Generaldirektor der Reichsbahnen Oster hielt einen Vortrag über den gegenwärtigen Stand der Reichsbahnen und über die bevorstehenden Reformen. Er wies u. a. darauf hin, daß die schweren Reparationslasten mit den hohen Verkehrssteuern, die die Reichsbahnen aufzubringen haben, ein Hindernis seien gegen die Tarifherabsetzungen, wie sie vielfach verlangt werden. Dagegen sei die Reichsbahn bemüht, durch erhöhte Geschäftstätigkeit der Reife, auch der Beförderung der

Wärterzüge, ihrer Kundenschaft wirtschaftliche Vorteile zu schaffen. Eine schrittweise Verbesserung des Oberbaus und der Brücken zusammen mit dem fortwährend günstigen Stand der Reparaturarbeiten und der ganzen wirtschaftlichen Organisation würden eine erhebliche Verkürzung der Fahrt und eine Erhöhung des Komforts ermöglichen.

Reichspostminister Hoeft tritt zurück.

Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, hat Reichspostminister Hoeft am heutigen Vormittag im Ministerium erklärt, daß er die Funktionen eines Reichspostministers nicht mehr ausüben könne. An Stelle des Ministers führt Staatssekretär Sautter augenblicklich die Geschäfte. Der Reichspostminister Hoeft hat die Ämter für den Varnhagen-Konkern direkt angemeldet, während die übrigen Kreditgeschäfte der Post auf dem Wege über den zuständigen Staatssekretär-Referenten und eine der großen Banken, die über die Postgelder disponieren, erledigt werden, sobald direkte Kredite von der Post gemächlich nicht gegeben wurden. Das Verfahren Hoefts steht im Widerspruch zur Geschäftsordnung der Post, die den geschiedenen Amtsantritt vorschreibt.

Preußens Protest gegen die Nichträumung.

Würdeloses Verhalten der Reichsparteien im Landtag.

Berlin, 9. Jan. Für 11 Uhr vormittags war eine Sitzung des preußischen Landtages anberaumt, in der als erster Punkt auf der Tagesordnung eine Protestkundgebung der preußischen Volksvertretung gegen die Nichträumung der Kölner Zone stand. Durch die vereinten Bemühungen der Kommunisten, der Deutschnationalen, der Deutschvölkischen und der großen Mehrheit der Deutschen Volkspartei wurde diese Kundgebung zu einem beschämenden Spektakelstück, wie es nur in einem von Haß und Parteierbitterung erfüllten Land stattfinden kann.

Die Eröffnung der Sitzung verzögerte sich bis nach 12 Uhr, weil der Vorkonvent zusammengetreten war, und dort die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei sich dagegen ausgesprochen hatten, daß der Ministerpräsident Braun, den diese Parteien nicht als rechtmäßigen Regierungschef anerkennen, zu dieser Kundgebung das Wort ergreifen wollte. Dies hatte schon im Vorkonvent Anlaß zu längeren Auseinandersetzungen gegeben.

Im Plenum hielt dann der neu gewählte Präsident Bartels eine kurze Ansprache, in der er den Vertragsbruch der Alliierten feststellte und betonte, daß die preußische Volksvertretung am Vorabend dieses Vertragsbruches lebhaften Protest erhebe. Nachdem sich das ganze Haus mit Ausnahme der äußersten Linken von den Plätzen erhoben hatte, kündeten die Kommunisten auch während der ganzen Ansprache des Präsidenten. Der größte Teil seiner Rede war nicht zu verstehen, da sie immer durch die Rufe der Kommunisten: „Heraus mit den politischen Gefangenen!“, „Barmatschieber!“ usw. unterbrochen wurde. Die Mehrheit des Hauses nahm die Ausführungen des Präsidenten mit lebhaftem Beifall auf.

Als Präsident Bartels nunmehr das Wort dem Ministerpräsidenten Braun erteilte, verließen die Deutschnationalen und die Deutschvölkischen, gefolgt von dem größten Teil der Deutschen Volkspartei, den Saal, um das halbe Duzend aufrechter Volksparteiler zum Herausgehen zu veranlassen. Als aber alles nichts nützte, erschien dann nochmals der Fraktionsdiener auf das Geheiß des Herrn v. Camphe im Saal und ließ die hier verbliebenen Abgeordneten an, doch herauszukommen. Seine Mühe war vergeblich. Das Bühnlein der sechs Aufrechten blieb fest, und stellte dadurch seinen politischen Anstand über die engstirnige Parteipolitik derjenigen, die ihre Ziele über die nationale Ehre und Würde gestellt hatten.

Ministerpräsident Braun verlas seine Rede. Auch hier machten die Kommunisten einen derartigen Lärm, daß von den Worten des Ministerpräsidenten im Saal kaum etwas zu hören war. Seiner Rede folgte der Ministerpräsident noch folgende Worte hinzu:

„Das Ziel der Besetzung Deutschlands mit der Fremdherrschaft kann aber nur erreicht werden, wenn der Herrschaft, die sich soeben in so betrübender Weise dokumentiert hat, in nationalen Fragen eine Einheit vor dem ganzen Volke gebildet wird.“ Die Abgeordneten des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten spendeten diesem Schlußsatz besonders lebhaften Beifall. Der fast zur Hälfte geleerte Saal machte einen trostlosen und beschämenden Eindruck. Sobald der Ministerpräsident geendigt hatte, kamen die Abgeordneten der Rechten wieder in den Saal und ein nun gewählter völkischer Abgeordneter, dessen Namen im Augenblick nicht festzustellen ist, protestierte dagegen, daß Herr Braun im Namen seiner Regierung gesprochen habe, die für seine Partei nicht existiere, da der Landtag das Recht habe, sich selbst einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen.

Noischierei gegen die Verlängerung der Besetzung.

Kreisfeld, 9. Januar. Die Industrie- und Handelskammer hat eine Entschlieung zur Räumungsfrage angenommen, in der sie auf die schweren Sorgen und die Erregung hinweist, welche die angekündigte Verlängerung der Besetzung im besetzten Gebiet und in der deutschen Bevölkerung überhaupt hervorruft. Von der deutschen Regierung werde erwartet, daß sie den Ausdruck des deutschen Volksempfindens den alliierten Regierungen ungeweiht zur Kenntnis bringt, damit noch in letzter Stunde ein Rückfall in die Methode der früheren Politik unterbleibe.

Berlin, 9. Januar. In der heutigen Sitzung der Industrie- und Handelskammer erhob der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Louis Degen, Namenden Protest dagegen, daß das Gebiet der Kölner Zone zum Sanktionsgebiet unserer Feinde gemacht werde. Er sprach die Erwartung aus, daß die deutsche

Reichsregierung dafür eintreten werde, daß mit möglicher Beschleunigung die Befreiung der Kölner Zone von jeglicher Besetzung erfolgt.

Die Völkerverbündigen zur Räumungsfrage.

Berlin, 9. Januar. Das Präsidium der deutschen Liga für den Völkerverbund beschloß in seiner heutigen Sitzung eine Kundgebung, in der es heißt: Die alliierten Regierungen haben auf Grund allgemeiner Vorwürfe wegen Nichterfüllung militärischer Friedensbedingungen den Kölner Brückenkopf nicht geräumt. Das Verhalten der alliierten Regierungen ist wesentlich beeinflusst von der immer noch vorhandenen Vorstellung, die Sicherheit der Sieger sei bedroht. Diese aus Kriegsvorstellungen entstehende Verhinderung einer Lösung schafft nur neue Schwierigkeiten. Sie steht im Gegensatz zu dem mit dem Genfer Protokoll begonnenen Entlohnung. Gerade angesichts der Befreiung deutschen Gebietes ist es die dringende Aufgabe der deutschen Öffentlichkeit, auf die Mitarbeit Deutschlands bei der Überwindung des Krieges, der Kriegsmethoden und der aus ihnen entstehenden Kriegsgefahr zu dringen. Der gegebene Anknüpfungspunkt für diese Bemühungen ist der Völkerverbund.

Das Verfahren gegen Herrn von Graefe.

Gegen Herrn v. Graefe schwebt seit Beendigung des Hitlerprozesses beim Staatsgerichtshof ein Bescheid wegen Beihilfe zum Hochverrat, der darin erklart wird, daß in den kritischen Tagen des November 1923 Herr von Graefe in München weilte und auch nach vorausgegangenem Befragungen mit den damaligen Führern der Völkischen an der historischen Versammlung im Münchener Bürgerhaus teilgenommen hat. Am Mittwoch ist Herr von Graefe im Auftrag des Oberreichsanwalts in Berlin vernommen worden und es wurde ihm die Aussagen der Herren von Raft, von Vossow, Bühner, Fric und General Ludendorff entgegengehalten. Weiter wurde auf die Nebenbezeugungen die Herr von Graefe im Reichstag gehalten hat. Die Untersuchungsbehörde vertritt dabei den Standpunkt, daß Herr von Graefe, der auch im Reichstage wiederholt auf seine Münchener Verbindungen hinwies, durchaus über das im Wilde gewesen sein mußte, was Hitler am 9. November 1923 durchzuführen versuchte. Der Untersuchungsrichter hat inzwischen auch den Kurier festgestellt, der in der kritischen Zeit Nachrichten von General Ludendorff an Herrn von Graefe überbrachte. Es handelt sich um einen Hauptmann Treckler, der jedoch Deutschland schon vor längerer Zeit verlassen hat und sich gegenwärtig in Ungarn aufhält. Ein Bruder dieses Hauptmanns Treckler, der in Deutschland wohnt, hatte Herrn von Graefe seiner Befreiung. Infolgedessen soll jetzt auf Antrag des Beschuldigten der in Ungarn wohnende Kurier Trecklers kommissarisch vernommen werden. Bezüglich seiner Reichstagsrede lehnte Herr von Graefe gegenüber dem Untersuchungsrichter einen Kommentar ab.

Hitler bei dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Heldt.

Der „Miesbacher Anzeiger“ teilt in seinem Beitrag mit, Ministerpräsident Dr. Heldt habe Adolf Hitler zu einer Unterredung empfangen. Das Ergebnis sei gewesen: „daß die Interessengemeinschaft größer und wichtiger sei als der Interessengegensatz und man begann mit dem lokalen Zusammenarbeiten“. Der Ministerpräsident habe zugesichert, daß Boehner seine Strafe nicht antreten müsse. Nach einigen Tagen sei er aber vorübergehend geworden, und zwar auf Treiberellen des Rahr-Kreises, so daß Boehner seine Strafe antreten mußte“ (Boehner hat, wie bereits mitgeteilt, am Montag seine Festungshaftstrafe in Landsberg angetreten).

Nach Informationen an amtlicher Stelle hat die Unterredung allerdings stattgefunden, aber auf den dringenden Wunsch Hitlers hin. Der Ministerpräsident habe als Bedingung gestellt, daß Hitler dies vor Zeugen erkläre, von irgendwelchen Vereinbarungen oder Zusicherungen sei keine Rede gewesen. Hitler habe lediglich Mittelungen über seine künftigen Absichten gemacht. Der Ministerpräsident ließ ihm keinen Zweifel darüber, daß es die Staatsanwaltschaft unter allen Umständen wahrnehmen werde. Eine weitere erzielene resultierende Darstellung äußert sich in gleichem Sinne.

Die Frankfurter Einladung an Reichspräsident Ebert.

Der Oberbürgermeister von Frankfurt hat jetzt an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm Kenntnis gibt von dem bereits mitgeteilten Beschluß der Frankfurter Stadterordnetenversammlung vom 30. Dezember. Darin werden die Verdienste des Reichspräsidenten gewürdigt, der während der letzten sechs Jahre in würdiger Form das Reich vertreten, dem Werte der Versöhnung der Parteiengegenseitigkeit gedient und dem Aufbau des Staates und der Wirtschaft alle Kräfte gewidmet habe. Zugleich wird dem Wunsch Ausdruck gegeben, der Reichspräsident möge alljährlich für bestimmte Zeiten im Frankfurter Bundespalast Aufenthalt nehmen zwecks Knüpfung stärkerer Verbindung der Zentralregierung mit West und Süd des Reiches. „Der Magistrat Frankfurts ist“ so heißt es in dem Schreiben des Oberbürgermeisters, „in Anerkennung und Würdigung Ihres von edelster Vaterlandsliebe getragenen erfolgreichen Wirkens in solchen schwerster Not diesem Beschluß beigetreten. Er würde es mit lebhaftester Freude begrüßen, wenn Sie, sehr verehrter Herr Reichspräsident, in den Mauern unserer Stadt alljährlich Aufenthalt nehmen würden.“ — Der Reichspräsident hat diese Kundgebung mit Worten herzlichsten Dankes entgegengenommen.

Roß verläßt den thüringischen Staat.

Der frühere Staatsbankpräsident Roß hat nunmehr gegen den thüringischen Staat eine Zivilklage auf Zahlung seines Oktobermonatsgehältes nebst vier Prozent Zinsen und auf Feststellung der Verpflichtung des Staates zum Ersatz des Schadens durch den Roß aus der Kündigung seines Vertrages als Staatsbankpräsident entrichtet. Er hat die Klage eingereicht.